Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und an allen Kiosken erhältlich

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang — Dresden, Freitag den 11. Januar 1929 — Nummer 9

# Polizeiattacken gegen Dresdner Erwerbslose

**Präsidiumwahl im Dresdner Stadtparlament im Zeichen des Gummiknüppels / Sozialdemokraten und Deutschnationale verhindern gemeinsam Beratung kommunistischer Erwerbslosen- und Arbeiteranträge / Proteststurm auf der Tribüne**

## Dölitzsch Vertrauensmann der Deutschnationalen

Dresden, 11. Januar 1929.

**Gestern abend fand auf dem Schützenplatz eine von mehreren tausend Erwerbslosen besuchte Kundgebung statt. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Sacksow formierte sich ein mächtiger Demonstrationszug, der unter Singen revolutionärer Lieder und Mitführen vieler, die Forderungen der Erwerbslosen enthaltenden Transparente nach dem Rathaus zog. Von einem ungeheuren Aufgebot von Polizei, starken Abteilungen Berittener wurde versucht, die Erwerbslosen hier auseinanderzutreiben. In mustergültiger Disziplin bewegte sich der Zug dann nach dem Rathenauplatz, wo er sich auflöste.**

**Zur selben Zeit fanden im Dresdner Stadtparlament die Wahlen zum Präsidium statt. Das Rathaus war von einem starken Aufgebot von Sicherheits- und Kriminalpolizei besetzt. Diese Besetzung kann nur auf Anforderung oder zumindestens im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher erfolgt sein! Dölitzsch (SPD-Vorsteher) wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen gegen die Stimmen der KPD wiedergewählt. Die Kommunisten wurden aus dem Vorstand, in dem sie bisher vertreten waren, durch die Sozialdemokraten herausgewählt. Diese wählten aus Dankbarkeit für das Vertrauensvolum den Deutschnationalen Müller!**

*

Wer gestern Gelegenheit hatte, den Verhandlungen der Dresdner Stadtverordneten beizuwohnen, der hat einen Anschauungsunterricht über Parlamentarismus im allgemeinen und über die Rolle, die die SPD dabei spielt, erhalten — wie er drastischer kaum zu sehen ist. Selten hat eine Partei so grenzenlose Verwirrung und Feigheit, aber auch Skrupellosigkeit an den Tag gelegt, wie gestern die Dresdner SPD-Parlamentarier.

Vier Tatsachen sind es, die das schamlose Verhalten der SPD im richtigen Lichte erkennen lassen. 1. Die Sozialdemokraten lehnen die für eine Arbeiterpartei ganz selbstverständlichen Forderungen auf Erweiterung der Geschäftsordnung ab, die die Kommunisten als Bedingung für die Zustimmung zu einem Vorsteher stellten. 2. Das Rathaus ist unter Zustimmung der SPD von Sicherheits- und Kriminalpolizei „zum Schutze der Volksvertreter" vor den Erwerbslosen besetzt. 3. Der sozialdemokratische Vorsteher wird jetzt von den Deutschnationalen gewählt und damit als ihr Vertrauensmann anerkannt. Die Kommunisten werden von der SPD aus dem Präsidium herausgewählt. 4. Die SPD lehnt die Behandlung der von der KPD gestellten Erwerbslosenanträge ab. Vor dem Rathaus werden die Erwerbslosen von den Mannen des „Altsozialisten" Kühn brutal auseinandergetrieben.

Was lehren uns diese Tatsachen? Sie zeigen, daß die Dresdner „linken" SPDler, die Edel, Sandter, Rösch und Co. genau wie ihre großen Vorbilder, die Severing, Wissell und Wels die Offensive gegen die KPD und damit gegen die gesamte Arbeiterschaft ergriffen. Die allgemeine Zuspitzung der Klassengegensätze, die immer offener zutage treten, die Kriegsgefahr und die außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrise zwingen die SPD immer mehr, klar Farbe zu bekennen.

Wer die kapitalistische Republik bejaht, kann nicht für den Achtstundentag, für menschenwürdige Bezahlung der Arbeiter sein! Wer das Kriegsinstrument der Bourgeoisie, die Reichswehr, grundsätzlich bejaht, der kann die Beteiligung an imperialistischen Kriegen nicht ablehnen. Das sind die eisernen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Gewiß versucht die sächsische und insbesondere unsere ostsächsische „linke" SPD, diese Tatsachen vor den Arbeitern zu verschleiern.

Die politische Lage erfordert klare Entscheidung. Und die Dresdner „Linken" haben sich gestern entschieden: Klar und eindeutig nehmen sie Stellung gegen die Arbeiter, klar und deutlich reihten sie sich ein in die Front des Bürgertums. Die Deutschnationalen wählten den sozialdemokratischen 1. Vorsitzenden, die SPD wählte daraufhin den deutschnationalen 2. Vorsitzenden und ermöglichte auch noch durch Abgabe weißer Stimmzettel die Wahl des Volksparteilers Holst. Als bei der Wahl des 4. Beisitzers ein Demokrat vorgeschlagen wurde, drohte Rösch mit der Zurückziehung des sozialdemokratischen Vorstehers. Daraufhin zeigte sich das Bürgertum erkenntlich. Es wählte Finsterbusch (SPD) als Beisitzer. Die ASP mit drei Mandaten hat einen Beisitzer, die zweitstärkste Fraktion, die KPD, nicht einen Vertreter im Vorstand!

Bis gestern abend 5 Uhr — so erklärte Rösch — stand die SPD auf dem Standpunkt der sich jahrzehntelang bewährten „parlamentarischen Geschlossenheit", den Vorstand des Kollegiums nach dem Stärkeverhältnis der Parteien zusammenzusetzen. Um 5 Uhr erhielten sie die „Arbeiterstimme" vom Mittwoch mit dem Artikel zur Präsidiumswahl und der eine Artikel genügte der großen, stolzen Partei ihre „jahrzehntelangen Grundsätze" von den „parlamentarischen Gepflogenheiten" zugunsten des Bürgertums über den Haufen zu werfen! Kein vernünftiger Mensch wird ihnen das Märchen von „5 Uhr nachmittag" glauben, um so weniger, als die SPD gerade nach der Wahl aufs deutlichste zeigte, wie wenig sie gewillt ist, Arbeiterinteressen zu vertreten. Sie lehnte die Behandlung der Erwerbslosenanträge ab bzw. wollte nur dann in eine Behandlung eintreten, wenn die Kommunisten „nur 5 Minuten" den Antrag begründen. Eine größere Frechheit hat sich wohl selten eine Partei geleistet! Das charakteristische aber ist, das Rösch selbst sich zum Worte gemeldet, um Schluß der Sitzung zu beantragen, aber Leydel kam ihm zuvor. Er übernahm für ihn die Aufgabe, die Behandlung der Anträge abzuwürgen. Die SPD fürchtete auch hier eine Abrechnung — sie fürchtete, vor den zahlreich erschienenen Erwerbslosen Farbe bekennen zu müssen. Bei einigen Zwischenrufe von der Tribüne, hielt es der sozialdemokratische [illegible] für nötig, in Feldwebelton die Räumung der Tribüne anzudrohen.

**Das ist der Weisheit letzter Schluß!**

Gegen die Nöte der Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen, gegen die politischen Angriffe der KPD vermag sich die SPD nur zu retten durch noch engeres Anschließen an die bürgerlichen Parteien und durch Anwenden von Polizeimethoden gegen die Arbeiter! Ein Proteststurm in den Betrieben wird und muß die Antwort sein.

(Ausführlicher Bericht im lokalen Teil.)

## Streik im Dresdner Transportgewerbe

Dresden, den 11. Januar 1929.

**In der gestrigen Versammlung der Transportarbeiter wurde mit 491 gegen 101 Stimmen der Streik beschlossen. Daraufhin wurden die Streikleitungen gewählt und in verschiedene Bezirke eingeteilt. Die Unternehmer sind von dem plötzlichen Ausbruch des Streikes überrascht und haben heute früh dauernd die Streikleitung angerufen. Am Montag finden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und dem Transportarbeiterverband statt. Die nächste Mitgliederversammlung des Transportgewerbes ist für nächsten Dienstag einberufen.**

*

### Transportarbeiterstreik auch in Leipzig

**Leipzig**, 11. Januar. Eigene Drahtmeldung. Heute früh sind die Möbelpacker und Transporteure im Bezirk Leipzig infolge Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Arbeiter haben eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert, während die Unternehmer nur eine solche von 2 Proz. bei zweijähriger Tarifdauer zugestanden. In einer gestern stattgefundenen Versammlung war daraufhin der Streik beschlossen worden. Die Arbeiter im gesamten sächsischen Transport- und Speditionsgewerbe, die den gefällten Schiedsspruch einmütig abgelehnt haben, müssen ebenfalls sofort in den Streik treten.

## Ausschaltung der Kommunisten aus dem Präsidium

**Auch in Berlin SPD-Vorsteher von Deutschnationalen Gnaden**

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Wahl des Präsidiums und des Bureaus der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen. Der kommunistische Stadtverordnete Gäbel teilte mit, daß die KPD den Sozialdemokraten den Vorschlag unterbreitet hatte, entsprechend dem Mehrheitswillen der Berliner Arbeiter das Präsidium und das Bureau nur aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenzusetzen, daß aber die Sozialdemokraten darauf nicht geantwortet hatten.

Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde der Sozialdemokrat Haß mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen wiedergewählt. Die Kommunisten wurden mit Hilfe der SPD aus sämtlichen Aemtern hinausgewählt.

## Ein mexikanischer Staatssekretär im Wahlkampf getötet

**TU. Berlin**, 10. Januar. Wie Berliner Blätter aus Mexiko berichten wurde der Unterstaatssekretär für Ackerbau, Dr. Paxres, der für den Gouverneurposten im Staate Hidalgo kandidierte, in Atotonilco Alto bei einem Zusammenstoß mit politischen Gegnern getötet. Auch zwei seiner Anhänger kamen dabei ums Leben.

## Zörgiebel bereitet Blutbad vor

**Drohungen gegen die Veranstalter von LLL-Kundgebungen**

Berlin, 11. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

**Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel hat gestern die Vertreter der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes zu sich geladen und ihnen mitgeteilt, daß er aus den Veröffentlichungen der Roten Fahne den Eindruck gewonnen hat, man wolle sein Demonstrationsverbot nicht beachten. Deshalb trage er sich mit dem Plan, auch die Gedächtniskundgebung auf dem Friedhof zu verbieten. Außerdem hat er bereits den Polizeioffizieren in einer Besprechung strikte Anweisung gegeben, mit aller Energie gegen jeden Versuch der Durchbrechung seines Demonstrationsverbotes vorzugehen. Er verbiete nicht nur den geschlossenen An- und Abmarsch vom Friedhof, sondern auch das Tragen von Schildern und aufgerollten Fahnen.**

**Die KPD- und RFB-Vertreter blieben dem Polizeisozialdemokraten nichts schuldig und ließen ihn nicht im unklaren darüber, daß die lose Massendemonstration, zu der die Partei nach dem Verbot der geschlossenen Demonstration aufgerufen hat, unter allen Umständen stattfinden wird. Es sei selbstverständlich, daß in ihrem Verlauf sich große Menschenmassen nach dem Friedhof hin und zurück bewegen werden. Sie warnten Zörgiebel vor einer weiteren Aufhetzung der Polizei, die man anscheinend Zusammenstöße herbeiführen lassen will, um einen Vorwand für ein Verbot der revolutionären Organisationen zu haben.**

*

Sozialdemokraten waren es, die offen zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs aufforderten, Sozialdemokraten, die nach der Meuchelung der proletarischen Helden triumphierten, und ein Sozialdemokrat ist es wieder, der die Demonstration des Berliner Proletariats an die Gräber Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs verbietet.

Jetzt wagt dieser Säbel- und Knüppelsozialist, der Arbeiterschaft selbst ein Verbot der Kundgebung auf dem Friedhof anzudrohen. Das ist schlimmer als Jagow. Diese niederträchtige Behandlung kann sich die Arbeiterschaft nicht länger gefallen lassen.

**Jetzt darf es keinen Betrieb geben, in dem die Belegschaft nicht zu dem Terrorregime des Zörgiebel Stellung nimmt und die sofortige Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin fordert!**

Auch die ostsächsischen Arbeiter müssen in ihren Betrieben und ihren Organisationen Protestentschließungen gegen diese Leichenschändung an den ermordeten Führern der Revolution annehmen und sofort an die Arbeiterstimme senden. **Die beste und klarste Antwort an die Knüppelgarden wird jedoch Massenbeteiligung an der großen Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung am 20. Januar im Dresdner Zirkus Sarrasani.**

## Vor 10 Jahren

**Die Januar-Blutbäder werden vorbereitet**

**Ebert zu einem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus: „Ich sehe meine hauptsächlichste Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung ... Es muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß sowohl die Wahlen wie nachher die Nationalversammlung selbst absolut ungestört und unbeeinflußt verlaufen können."** (Vorwärts vom 1. Januar.)